

Honduras: von einem Militärputsch, der keiner sein will

Peetz, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Peetz, P. (2009). *Honduras: von einem Militärputsch, der keiner sein will*. (GIGA Focus Lateinamerika, 7). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Lateinamerika-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-276230>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Honduras: Von einem Militärputsch, der keiner sein will

Peter Peetz

Am Sonntag, den 28. Juni 2009, umstellte eine Einheit des honduranischen Militärs gegen sechs Uhr morgens das Privathaus von Präsident Manuel „Mel“ Zelaya und brachte ihn außer Landes. Wenige Stunden später beschloss das Parlament einstimmig – allerdings in Abwesenheit der Abgeordneten der linksgerichteten Kleinpartei Unificación Democrática (UD) –, den bisherigen Parlamentspräsidenten Roberto Micheletti zum Interimspräsidenten zu ernennen. Micheletti kündigte an, das Amt am 27. Januar 2010 an den Sieger der für November 2009 geplanten Präsidentschaftswahl abzugeben.

Analyse:

Honduras galt bislang als stabile, wenn auch „defekte“ Demokratie. Im Gegensatz zu anderen zentralamerikanischen Ländern wie Nicaragua und El Salvador blieben Bürgerkriege in den 1980er und 1990er Jahren aus, eine Polarisierung von Politik und Gesellschaft fand nicht statt. Die Konfrontation zwischen Zelaya und dem Rest des politischen Establishments des Landes spaltet jetzt die Bevölkerung in Gegner und Anhänger des gestürzten Präsidenten.

- Das Eingreifen des Militärs ist als Militärputsch zu bezeichnen und war nicht rechtens, selbst wenn es vom Obersten Gericht angeordnet war und von einem großen Teil der Bevölkerung begrüßt wird.
- Zelayas Verhalten vor dem Putsch zeichnet ihn keineswegs als perfekten Demokraten aus. Dennoch hätten sich Parlament und Judikative für seine Absetzung an das rechtsstaatliche Prozedere, beispielsweise mittels eines Amtsenthebungsverfahrens, halten müssen.
- Die Ursachen für die derzeitige Krise liegen in den strukturellen Defekten der honduranischen Demokratie, darunter das von polit-ökonomischen Oligarchen wie Zelaya und Micheletti dominierte Zwei-Parteien-System.
- Die Darstellung der Ereignisse in den internationalen Medien unterscheidet sich fundamental von der inländischen Berichterstattung. Die honduranische Presse wird zum Teil vom Militär blockiert. Die noch funktionierenden Medien unterliegen der althergebrachten Selbstzensur, die in den oligarchischen Medienbesitzstrukturen begründet liegt. Die internationalen Medien hingegen blenden fast systematisch die zweifelhafte Rolle Zelayas vor dem Putsch aus sowie die Tatsache, dass ein beachtlicher Teil der Bevölkerung Zelayas Rückkehr ins Amt ablehnt.
- Die internationale Gemeinschaft hat den Militärputsch zu Recht verurteilt. Sie sollte sich jetzt für einen pragmatischen und vor allem friedlichen Ausweg aus der Krise einsetzen, auch wenn sie dazu ihre kategorische Parteinahme für Zelaya abmildern muss.

Schlagwörter: Honduras, Staatsstreich, Militär, defekte Demokratie, Verfassung

1. Militärputsch mit ziviler Zustimmung

Als eine 200 Mann starke Einheit des honduranischen Militärs am frühen Sonntagmorgen in die Privatwohnung von Präsident Mel Zelaya, eindrang, stieß sie auf kurzen Widerstand seiner zehnköpfigen Leibgarde. Die Militärs flogen Zelaya nach Costa Rica aus, wo er, noch im Pyjama, eine improvisierte Pressekonferenz gab. Er bezeichnete die Militäraktion als „brutale Entführung“ und forderte die internationale Gemeinschaft auf, für seine Wiedereinsetzung in das Präsidentenamt einzutreten.

Unterdessen beschloss das honduranische Parlament einstimmig, ein angeblich von Zelaya verfasstes Rücktrittsschreiben anzunehmen und – wie es die Verfassung bei Rücktritt oder dauerhafter Abwesenheit eines Präsidenten vorsieht –, dem bisherigen Parlamentspräsidenten, Roberto Micheletti, die Regierungsgeschäfte zu übertragen. Aus seinem unfreiwilligen Exil betonte Zelaya jedoch, nicht zurückgetreten zu sein. Das dem Parlament vorliegende Schreiben stamme nicht von ihm, so der (Ex-)Präsident im CNN-Interview. Nach seiner Vereidigung erklärte Micheletti in Übereinstimmung mit einer Verlautbarung des Obersten Gerichtshofs, bei dem Wechsel im Präsidentenamt handele es sich nicht um einen Militärputsch, sondern um einen „verfassungskonformen Transitionsprozess“. Das Militär habe lediglich die Anordnungen ziviler Organe in die Tat umgesetzt und damit die honduranische Demokratie vor weiterem Schaden geschützt. Außerdem verkündete Micheletti, in einem *gran diálogo nacional* das Gespräch mit allen demokratischen Kräften des Landes suchen zu wollen. Die für den 29. November 2009 angesetzten Wahlen würden wie geplant abgehalten. Am 27. Januar 2010 werde er, wie es die Verfassung vorsehe, sein Amt an den neu gewählten Präsidenten übergeben. Micheletti selbst steht im November nicht zur Wahl. In Vorwahlen unterlag er Ende 2008 dem ehemaligen Vize-Präsidenten Elvin Santos, der nun als Präsidentschaftskandidat für die Liberale Partei (PL), der auch Micheletti und Zelaya angehören, ins Rennen geht.

Zelayas Versuch, eine Woche nach dem Putsch (am 5. Juli) in Honduras einzureisen, scheiterte, weil die Behörden seinem Flug die Landeerlaubnis verweigerten. Nachdem die Maschine viereinhalb Stunden über der von Militärfahrzeugen blockierten Landebahn gekreist hatte, drehte

sie schließlich Richtung Nicaragua ab. Bei Demonstrationen für seine Rückkehr kam es an diesem Tag erstmals zu Todesopfern: Vermutlich zwei Demonstranten starben unter bislang noch ungeklärten Umständen. Zelaya kündigte an, wenn es sein müsse, jeden Tag aufs Neue zu probieren, in sein Land zurückzukehren, um „sein Volk zu befreien“.

Schon wenige Stunden nach dem Putsch positionierte sich auf internationaler Ebene eine breite Allianz gegen die neuen Machthaber in Honduras. Allen voran drohte Venezuelas Präsident Hugo Chávez, gegen den 2002 ein ähnlicher Putschversuch gescheitert war, er werde „alles tun“, damit Zelaya die Macht wieder erlangen könne. Die venezolanischen Streitkräfte seien in Alarmbereitschaft versetzt worden und würden intervenieren, falls der Botschafter Venezuelas in Honduras in Gefahr sei. Auch Barack Obama und die Außenminister der EU verurteilten den Militärputsch und forderten die Wiedereinsetzung Zelayas in sein Amt.

In Honduras selbst jedoch wird die Absetzung Zelayas von den meisten politischen Akteuren begrüßt und geradezu als Schritt zur Aufrechterhaltung der Verfassungsordnung gefeiert. Für die Amtsübernahme durch Micheletti stimmten über (fast) alle Parteigrenzen hinweg alle (anwesenden) Parlamentsabgeordneten. Nur die Parlamentarier der linksgerichteten Kleinpartei UD blieben der Abstimmung fern. Die 122 übrigen Abgeordneten, darunter die 62 der neuen und alten Regierungspartei PL, sahen das Einschreiten des Militärs als verfassungsrechtlich legitim an. Auch Persönlichkeiten, die in Honduras und bei internationalen Beobachtern als überparteilich und integer gelten, wie der Menschenrechtsombudsmann Ramón Custodio, äußerten ihre Zustimmung. In der Hauptstadt Tegucigalpa und zahlreichen weiteren Städten des Landes kam es neben den Protesten gegen den Putsch auch zu Massendemonstrationen für die neue Regierung und gegen die Rückkehr Zelayas.

Die katholische Bischofskonferenz des Landes erklärte am 3. Juli in einem Communiqué, die verfassungsmäßige Ordnung in Honduras sei voll in Kraft und die Entfernung Zelayas aus seinem Amt sei rechtmäßig gewesen. Allein für seine Verbringung ins Ausland, die nicht verfassungskonform gewesen sei, fordern die Bischöfe eine Erklärung. Das Oberhaupt der katholischen Kirche in Honduras, Kardinal Óscar Andrés Rodríguez,

verlas die Verlautbarung im Rahmen einer Fernsehansprache und bat seinen „Freund Zelaya“ („Un llamado al amigo José Manuel Zelaya“, so der Kardinal wörtlich), derzeit nicht nach Honduras zurückzukehren, um Blutvergießen zu vermeiden. Der Kardinal ist Vorsitzender von Caritas International und galt 2005 als aussichtsreicher Kandidat bei der Papstwahl. Im selben Jahr hatte ihm Bundespräsident Köhler für sein Engagement gegen Armut, soziale Ungerechtigkeit und Korruption das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Es offenbart sich eine Kluft zwischen der internationalen und der inländischen Wahrnehmung der Ereignisse. Sowohl die politischen Akteure als auch die Massenmedien auf beiden Ebenen blenden jeweils einen Teil der Wirklichkeit aus. Im Folgenden soll daher versucht werden, unter Berücksichtigung beider „Wahrheiten“ zu einer ausgewogeneren Einschätzung der turbulenten – und gelegentlich operettenhaften – Ereignisse in Honduras zu gelangen. Das sozio-politische System des Landes, vor dessen Hintergrund sich die aktuelle Episode zugetragen hat und dessen Demokratie- und Gerechtigkeitsdefizite seit Langem bekannt sind, findet dabei in der Analyse Beachtung.

2. Von der Volksbefragung zu einem Militärputsch, der keiner sein will

Wie auch immer die neuen Machthaber in Tegucigalpa es drehen und wenden, trotz ihrer verfassungsrechtlichen Argumente und ihrem großen Rückhalt in der Bevölkerung, am Sonntag, den 28. Juni 2009, hat in Honduras ein Militärputsch stattgefunden. Wenn ein regierendes Staatsoberhaupt vom Militär mit vorgehaltener Waffe gegen seinen Willen außer Landes gebracht wird und kurz darauf ein neuer Präsident ausgerufen wird, ist das keine verfassungskonforme und erst recht keine ethisch vertretbare Form des Übergangs von einer Regierung zu einer anderen. Auch die Beeinträchtigung der Pressefreiheit seit dem Putsch verstößt gegen die in der honduranischen Verfassung festgeschriebenen Grundrechte. Einzelne Radiosender und der staatliche Fernsehkanal wurden geschlossen; die landesweite Abschaltung des Stromnetzes sorgte am Tag des Putsches dafür, dass das Internet kaum noch für Informationsübertragung ins In- und Ausland zur Verfügung stand. Einzelne Aktivisten der

Pro-Zelaya-Bewegung wurden festgenommen, darunter etwa Bauernführer Rafael Alegría von „Vía Campesina“, der mittlerweile aber wieder auf freiem Fuß ist.

Wäre Zelayas Absetzung in einem transparenten rechtstaatlichen Verfahren erfolgt, durchgeführt von den dafür zuständigen Institutionen (Verurteilung durch ein Gericht, Amtsenthebungsverfahren durch das Parlament etc.), dann hätten diese zivilen Instanzen die Polizei und gegebenenfalls das Militär mit dem Vollzug dieser Entscheidung beauftragen können. Das Oberste Gericht hat zwar nach dem Putsch verlauten lassen, die Streitkräfte hätten auf dessen Anweisung gehandelt. Aber gemäß aller verfassungsstaatlichen Grundsätze handelte es sich dabei um eine illegale und damit unwirksame Anordnung; denn selbst bei „Gefahr im Verzug“ obliegt es dem Obersten Gericht nicht, sozusagen per Dekret die Absetzung eines gewählten Präsidenten anzuordnen – und schon gar nicht, seine „Entführung“, wie Zelaya es nennt, ins Ausland.

Die internationale Öffentlichkeit kann im Gegensatz zur honduranischen nicht nachvollziehen, warum eine von Zelaya betriebene und für den Tag des Putsches anberaumte Volksbefragung eine so heftige Reaktion fast des gesamten politischen Establishments ausgelöst hat. Ist die politische Klasse gegen plebiszitäre Demokratieelemente, weil sie dadurch ihre Macht gefährdet sieht? Warum waren unter den Gegnern der Volksbefragung dann nicht nur die traditionelle Presse, sondern auch vertrauenswürdige unabhängige Medien? Die vier landesweiten Tageszeitungen werden bekanntlich von den politischen und ökonomischen Interessen ihrer privaten Besitzer (darunter z.B. Ex-Präsident Carlos Flores und andere prominente Vertreter der polit-ökonomischen Elite) bis ins redaktionelle Tagesgeschäft hinein kontrolliert. Aber auch in der Internet-Zeitung „Conexihon“,¹ gemacht von kritischen Journalisten der Vereinigung C-Libre, von denen viele die traditionellen Medien aufgrund politisch motivierter Entlassungen und anderer Repressalien verlassen hatten, wurde einer Demokratisierung des Landes per Volksbefragung kein Glauben geschenkt. Wie so viele seiner Kritiker warfen auch die Redakteure von Conexihon Zelaya vor, sich letztlich die Möglichkeit einer zweiten Amtszeit verschaffen zu wollen. In einem

¹ Siehe <www.conexihon.com>.

circa vier Wochen vor dem Putsch veröffentlichten Editorial heißt es: „Die selbsternannte ‚revolutionäre Regierung der Bürgermacht‘ betreibt eifrig ihre sogenannte Volksbefragung, die darauf abzielt, eine verfassungsgebende Versammlung zu ermöglichen. Diese soll dann eine Verfassung schaffen, die, unter anderem, die Wiederwahl des Präsidenten ermöglicht, was nach der jetzigen Verfassung verboten ist. Die Regierung argumentiert für die Volksbefragung und das anschließende Referendum unter Verweis auf die Notwendigkeit, Wohlstand, Gesundheit, Bildung, Arbeit, Gerechtigkeit und Demokratie zu stärken. Diese Argumente müssen berücksichtigt werden; aber es ist nicht weniger wahr, dass all das auch mit der aktuell gültigen Verfassung erreicht werden könnte.“

Die Journalistin Thelma Mejía, Gründungsmitglied von C-Libre und Korrespondentin der internationalen Nachrichtenagentur Inter Press Service (IPS), wurde von der spanischsprachigen Ausgabe von BBC World (BBC Mundo) mit den Worten zitiert: „Wenn Zelaya die Befragung durchführt, geschieht dies in offener Missachtung des Gesetzes“.

Auf Seiten der Politik reichte der Konsens gegen die Volksbefragung auch in das moderat linke Spektrum hinein. Aus den beiden Kleinparteien Partido Innovación y Unidad Social Demócrata (PINU-SD), die sich selbst als sozialdemokratisch bezeichnet, und Partido Demócrata Cristiano (PDC), die sich einem links-christlichen Spektrum in der Tradition der Befreiungstheologie zugehörig sieht, hatten sich vor dem Putsch beispielsweise Toribio Aguilera bzw. Ramón Velásquez Názar entsprechend geäußert. Beide Parteien stimmten dann auch der Ernennung von Micheletti als neuem Präsidenten zu.

Bei der „Umfrage“ (*encuesta*), wie Zelaya sie ver harmlosend nannte, handelte es sich zwar nur um einen allerersten Schritt in Richtung einer neuen Verfassung, die gegebenenfalls eine Wiederwahl Zelayas ermöglicht hätte. Aber dies allein löste im politischen Establishment, einschließlich der Judikative, eine geradezu allergische Reaktion aus. Die aktuelle Verfassung schließt die Wiederwahl eines Präsidenten kategorisch aus, nicht nur die Wiederwahl im direkten Anschluss an ein Mandat, sondern auch für alle Zukunft. Laut Artikel 239 kann niemand, der das Amt schon einmal innehatte, zum Präsidenten gewählt werden. Weiter heißt es: „Wer gegen diese Bestimmung verstößt oder ihre Änderung vorschlägt, ebenso wie derjenige, der ihn dabei in direkter oder indirekter Weise un-

terstützt, verliert mit sofortiger Wirkung das Amt, das er gerade ausübt, und wird für zehn Jahre von der Ausübung jeglichen öffentlichen Amtes ausgeschlossen“. In einer der Schlussbestimmungen (Art. 374) wird die Änderung dieser Regel selbst von der Möglichkeit einer Verfassungsreform ausgenommen. Das Verbot der Wiederwahl gehört somit geradezu zum Kern der honduranischen Verfassung. Da Zelaya nicht einmal seine eigenen „Parteifreunde“ überzeugen konnte, dass seine Volksbefragung nicht letztlich auf die Abschaffung dieser Regelung abzielte, lösten seine Pläne verständlicherweise große Opposition in Politik und Rechtsprechung aus.

Sämtliche gerichtliche Instanzen untersagten Zelaya die Durchführung der Volksbefragung. Dass er von seinem Vorhaben dennoch nicht abließ, stellte endgültig eine Verletzung der Gewaltenteilung und des demokratischen Prinzips der *checks-and-balances* zwischen den Staatsgewalten dar. Für viele seiner lautesten Gegner in Politik, Rechtsprechung und Medien mag die Ablehnung einschneidender Veränderungen in der politischen Verfasstheit des Staates in erster Linie mit der Furcht vor den daraus womöglich resultierenden Umwälzungen im sozio-ökonomischen und politischen System des Landes begründet sein. Zelayas Argumentation, die wirtschaftlich-politische Elite scheue die Volksbefragung, weil sie einen ersten Schritt zum Verlust angestammter Pfründe bedeuten könnte, ist sicherlich zutreffend. Gleichwohl hätte Zelaya die formalen Spielregeln eines – noch so defekten – Rechtsstaats nicht so eklatant missachten dürfen. Dies gab dem Militär die juristisch keinesfalls abwegige Rechtfertigung dafür, die logistische Vorbereitung der Befragung (Verteilung der Abstimmurnen und -zettel im Land usw.) zu verweigern. Als Zelaya daraufhin den Militärführer General Vásquez Velásquez absetzte, erklärte das Oberste Gericht dies einstimmig für rechtswidrig und unwirksam. In diesem Moment wandte sich sogar Verteidigungsminister Edmundo Orellana gegen seinen Regierungschef und trat von seinem Amt zurück, ebenso wie die Kommandierenden der Teilstreitkräfte (Luftwaffe, Marine und Heer). Zelaya drang wenig später mit einigen Anhängern öffentlichkeitswirksam in die Militärbasis ein, in der das Abstimmungsmaterial lagerte, ließ es abtransportieren und beauftragte die Polizei und das Nationale Statistik-Institut (Instituto Nacional de Estadísticas, INE) mit der Verteilung des Materials im Land. Angesichts

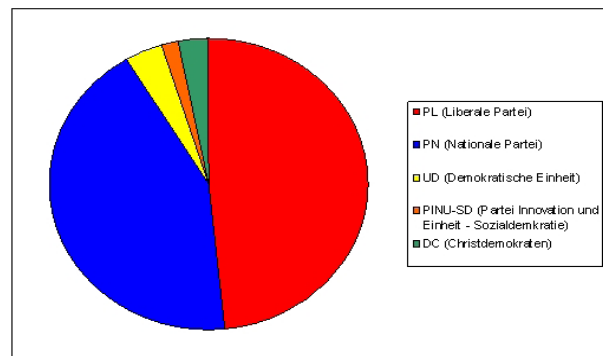
dieser Provokation kann man sich fast fragen, ob Zelaya den Militärputsch heraufbeschworen hat, um – wie Hugo Chávez 2002 – nach dem erhofften Scheitern des Staatstreichs umso fester (und umso länger?) im Sattel zu sitzen.

All das rechtfertigt, wie gesagt, weder verfassungsrechtlich noch moralisch den dann erfolgten Militärputsch, der Zelayas Rechtsbrüchen einen anderen, weit radikaleren entgegensetzte. Und dieser Reihe von illegitimen Aktionen fügte das Parlament dann noch eine weitere hinzu: Die Abgeordneten machten es sich leicht, indem sie vorgaben, die offensichtlich gefälschte Rücktrittserklärung Zelayas, die kurioserweise das Datum vom 25. Juni (drei Tage vor dem Putsch) trug, für bare Münze zu nehmen. Sie nahmen das von Zelaya längst dementierte Rücktrittsgesuch an und wählten Roberto Micheletti zum Interimspräsidenten. Die Verfassung sieht für die definitive Abwesenheit und für den Rücktritt eines Präsidenten vor, dass der Vizepräsident – sollte dieser nicht verfügbar sein, der Parlamentspräsident – das Amt übernimmt. Da der ehemalige Vizepräsident Elvin Santos 2008 zurückgetreten war, um bei den Vorwahlen der PL zu kandidieren, ist dieser Posten vakant. Also war Parlamentspräsident Micheletti der nächste in der von der Verfassung vorgesehenen „Thronfolge“.

3. Die honduranische „Demokratie“ und der „ALBAner“ Zelaya

Das politische System in Honduras ist seit dem Inkrafttreten der Verfassung von 1982 von den beiden traditionellen Parteien PL und Partido Nacional (PN) dominiert, die seither auch alle Präsidenten stellten. Die drei kleinen Parteien, UD, PINU-SD und PDC, haben es auch bei den letzten Wahlen vom November 2005 nicht geschafft, das von Klientelismus, Patronage und Korruption geprägte Zwei-Parteien-System aufzubrechen. Sie erreichten zusammen genommen elf von 128 Sitzen im Parlament; PL und PN verfügen also über mehr als 90 Prozent der Mandate. Bei Präsidentschaftswahlen kommen die Kleinparteien auf noch weniger Stimmen, zuletzt (2005) entfielen auf die drei Kandidaten zusammen genommen 3,9 Prozent der gültigen Stimmen.

Schaubild 1: Sitzverteilung im honduranischen Parlament 2006-2010



Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Im Unterschied zu den Nachbarländern Nicaragua und El Salvador ist das honduranische Zwei-Parteien-System aber nicht mit einer Polarisierung von Politik und Gesellschaft verbunden. Klare programmatische oder explizite ideologische Unterschiede zwischen PL und PN sind kaum festzustellen. Sie unterscheiden sich fast ausschließlich darin, dass einfach andere Personen (und mit ihnen verbundene familiäre und klientelistische Netzwerke) in ihnen den Ton angeben. Die beiden traditionellen Parteien, und zum Teil auch die drei Kleinparteien, neigten in den vergangenen Jahrzehnten zur Konsensbildung und zur Wahrung einer gewissen Oberflächlichkeit, was den Wettbewerb zwischen den politischen Optionen anging. PL und PN sind nicht so sehr Organisationen zur Aggregation der Interessen der Bevölkerung, sondern vielmehr eine Art Konfliktregulierungsinstanz zwischen verschiedenen Teilen der sozio-ökonomischen Elite des Landes.

Einige der wirtschaftlich mächtigsten Familien führen die innerparteilichen Fraktionen an. Diese Fraktionen werden in Honduras zwar *corrientes*, Strömungen, genannt. Sie sind aber nicht mit den ideologisch definierten Parteiflügeln in vielen anderen Demokratien zu vergleichen, sondern stellen sozusagen die politische Institutionalisierung der von den oligarchischen Familien angeführten klientelistischen Netzwerke dar. Zwischen den einzelnen Netzwerken bestehen vielerlei wirtschaftliche und persönliche Beziehungen, von Investitionen in gemeinsame Wirtschaftsunternehmen bis hin zu geradezu „dynastischen“ Ehen, die auch die Parteigrenzen überschreiten. Beispielsweise ist ein Bruder von Miguel Pastor, ehemaliger Hauptstadtbürgermeister und „Eigentümer“ (*dueño* ist der in Honduras gängige Ausdruck für die Anführer der Parteifraktionen)

einer Fraktion innerhalb des PN, mit einer Tochter des PL-Granden Rafael Ferrari verheiratet. Diese „inter-oligarchischen“ Verbindungen sorgen für die Tendenz zur Verhandlung von Konsensen und verhindern, dass wirklich tief greifende politische Konflikte zwischen den Parteien entstehen. Dies erzeugt auch eine gewisse stillschweigende Toleranz der Politiker und der zu ihren jeweiligen Netzwerken gehörigen Amtsträger im Justizsystem in Bezug auf Korruptionsfälle der angeblichen politischen Gegner.

Zelaya hatte nach seinem Amtsantritt im Januar 2006 zunächst ganz im Sinne dieser traditionellen politischen Kultur regiert, unter anderem indem er Regierungsposten unter den PL-Fraktionen verteilte. In seinem ursprünglichen Kabinett waren die Nachnamen der Familien präsent, die seit jeher das politische und wirtschaftliche Leben des Landes dominieren, z.B.: Ex-Premierminister Yani Rosenthal (Sohn des Bankiers, Industriellen und Medienmoguls Jaime Rosenthal), Ex-Handelsministerin Lizzy Azcona (Tochter des Ex-Präsidenten José Azcona) und Ex-Justizminister Jorge Arturo Reina (Bruder des Ex-Präsidenten Carlos Alberto Reina). Mit der Zeit verschlechterten sich jedoch die Beziehungen zwischen Zelaya und einigen Teilen seiner Partei, insbesondere mit dem Netzwerk um Roberto Micheletti, der die meisten PL-Parlamentarier hinter sich wusste. So verweigerte die PL-Mehrheit (62 der 128 Sitze) Zelaya die Zustimmung zu verschiedenen Vorhaben, etwa der definitiven Schließung des als unsicher geltenden Flughafens von Tegucigalpa.

Als Zelaya seine traditionelle Machtbasis, die weit verzweigten Netzwerke der internen PL-Fraktionen, zusehends wegbröckelte, suchte er neue Verbündete. Er fand sie auf internationaler Ebene bei Hugo Chávez und im Land bei den wenigen, aber lautstarken Parteigängern von Chávez: Teilen der UD, der orthodox-linken Bürgerbewegung Bloque Popular und einem Teil der zersplitterten Gewerkschafts- und Bauernbewegung. Nach Zelayas Unterzeichnung der Beitrittserklärung zu dem von Chávez initiierten Integrationsbündnis Alternativa Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América (ALBA), verkündete Micheletti zunächst, im Parlament die Ratifizierung des Beitrittsvertrags verhindern zu wollen. Kurz darauf drangen Nachrichten über ein Vieraugengespräch zwischen Zelaya und Micheletti an die Öffentlichkeit. In der Folge ratifizierte das Parlament den ALBA-Vertrag mit sämtlichen PL-Stimmen plus denen

der drei kleinen Parteien. (Die PN-Abgeordneten enthielten sich, wie in diesem Parteiensystem „niedriger Konfliktivität“ üblich, der Stimme, so dass die Ratifizierung ohne Gegenstimmen erfolgte.) Zelaya hatte Micheletti im Gegenzug offensichtlich zugesagt, ihn bei den im November 2008 anstehenden Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur der PL zu unterstützen. Diese Episode zeigt, wie eine nach außen hoch ideologisch wirkende Entscheidung (ALBA-Beitritt) in Honduras vielmehr von den Gegebenheiten der Tagespolitik und von den persönlichen Interessen oligarchischer Parteigranden wie Micheletti und Zelaya abhängt.

4. Ausblick: Die internationale Gemeinschaft und der Ausweg aus der Krise

Die internationale Gemeinschaft, von Chávez bis Obama, konnte nicht anders, als das unrechtmäßige Eingreifen der Streitkräfte als Militärputsch zu verurteilen. Das honduranische Militär und seine zivilen Verbündeten haben die universelle demokratische Norm, dass eine gewählte Regierung nicht mit Waffengewalt aus dem Amt entfernt werden darf, zu offen verletzt. Doch inwiefern wird sich die internationale Solidarität mit Zelaya in konkrete Maßnahmen zugunsten seiner Wiedereinsetzung umsetzen? Während die ALBA- und die EU-Staaten ihre Botschafter aus Honduras abgezogen haben, gaben die USA bekannt, von einem solchen Schritt vorerst abzusehen, um sich die Möglichkeit einer Einflussnahme auf das weitere Geschehen nicht zu beschneiden. Die Organization of American States (OAS) hat die Mitgliedschaft Honduras suspendiert. Verschiedene Seiten haben Blockadeaktionen eingeleitet: Die Zentralamerikanische Entwicklungsbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank und die Weltbank haben ihre Kreditauszahlungen an Honduras eingefroren. Guatemala, El Salvador und Nicaragua schlossen ihre Grenzen zu Honduras 48 Stunden lang für den Handel. Entscheidend wird allerdings sein, ob die USA, in die gut zwei Drittel aller honduranischen Exporte gehen, den Freihandelsvertrag Central American Free Trade Agreement (CAFTA) für das Land aussetzen werden. Dies würde, auch angesichts der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, die wirtschaftliche und soziale Situation in Honduras empfindlich verschlech-

tern. Außer Chávez hat sich keiner der internationalen Protagonisten bisher dazu geäußert, ob die zukünftige (im November 2009 zu wählende und Ende Januar 2010 ihr Amt antretende) Regierung noch Repressalien zu befürchten hat. Dann wäre wieder ein vom Volk gewählter Präsident im Amt. Zentral wird dafür vermutlich die Frage sein, ob die jetzigen, von der internationalen Gemeinschaft als illegitim betrachteten staatlichen Instanzen dem Ausland glaubhaft machen können, dass die Wahlen frei und fair verlaufen. Chávez hat schon klargestellt, dass er auch die zukünftige Regierung nicht als legitim ansehen wird.

Die USA und Europa sind jetzt in der widersprüchlichen Lage, genau die politischen Institutionen (Parlament, Oberster Gerichtshof) als Mittäter des Militärputsches verurteilen zu müssen, die sie vorher als demokratische Institutionen anerkannten. Das Parlament ist ebenso demokratisch gewählt wie Zelaya. Der Oberste Gerichtshof war erst im Januar 2009 neu besetzt worden. Wie gesetzlich vorgesehen hatte zuvor eine Kommission, in der auch die Zivilgesellschaft vertreten war, eine Liste mit 45 Kandidaten aufgestellt, aus der das Parlament die 15 obersten Richter auswählen sollte. Zelaya hatte sich vehement aber erfolglos für die Wahl von Sonia Dubón, der Ehefrau seines Premierministers (*Ministro de la Presidencia*) Enrique Flores Lanza, eingesetzt, deren Name es nicht auf die Kandidatenliste schaffte. Nachdem das Parlament die 15 Richter aus der Liste gewählt hatte, beglückwünschte US-Botschafter Hugo Llorens das Parlament und lobte das neu besetzte Oberste Gericht als „großen Schritt nach vorne für die honduranische Demokratie, das Justizsystem und die Transparenz“ (Tageszeitung „El Heraldo“, 26.01.2009). Genau diesem Obersten Gericht spricht man jetzt seine Legitimität ab, wenn es die Absetzung Zelayas für verfassungskonform erklärt.

Dieser Widerspruch führt zu einem Dilemma, dessen sich die internationale Gemeinschaft bewusst sein sollte: Mit der uneingeschränkten Parteinahme für Zelaya spricht sie dem demokratisch gewählten Parlament, dem verfassungsgemäß besetzten Obersten Gericht und weiteren Institutionen, etwa der Wahlbehörde, jede Legitimität ab. Sollte Zelaya es tatsächlich schaffen, die Regierungsmacht wieder an sich zu ziehen, hätte ihm die internationale Gemeinschaft damit das perfekte Argument für das geliefert, was gemeinhin als „Selbstputsch“ (*autogolpe*) bezeich-

net wird: die Schließung all jener Institutionen, die Gesetzgebung per Dekret und womöglich die Verschiebung der Wahlen. Honduras würde nachhaltig destabilisiert, das Chaos wäre perfekt. Die internationale Gemeinschaft muss ihre Haltung einer Verurteilung des Militärputsches beibehalten; in der praktischen Politik sollte sie aber an der Findung einer pragmatischen und vor allem friedlichen Lösung des Konflikts mitwirken. Ramón Custodio, der Menschenrechtsombudsmann, hat vorgeschlagen, die honduranische Bevölkerung in einem Plebiszit – durchgeführt (anders als die von Zelaya geplante Volksbefragung) von der Wahlbehörde und unter internationaler Beobachtung – darüber abstimmen zu lassen, ob Zelaya die Regierungsgewalt wieder übertragen werden soll. Präsident Micheletti erklärte sich zu einer Vorverlegung der Wahlen bereit. Solche oder ähnliche Ansätze bedürfen aber der Kompromiss- und Verhandlungsbereitschaft aller Seiten. Ohne die während und nach dem Putsch verübte Gewalt der Sicherheitskräfte und der Pro-Zelaya-Demonstranten verharmlosen zu wollen, muss anerkannt werden, dass es bislang nicht in größerem Maße zu Blutvergießen kam. Die internationale Gemeinschaft sollte dazu beitragen, dass dies so bleibt, selbst wenn dafür Zugeständnisse an das Militär und die Micheletti-Regierung nötig sind.

Nach der derzeitigen Nachrichtenlage, die sich jedoch stündlich ändert, scheint Roberto Micheletti relativ fest im Sattel zu sitzen. Womöglich kann seine Regierung ein halbes Jahr wirtschaftlicher und diplomatischer Blockade überstehen. Entscheidend wird sein, ob das Militär bei seiner jetzigen Haltung bleibt. Eine Spaltung innerhalb des Militärs, über die schon Gerüchte kursierten, könnte die Machtverhältnisse wieder ändern, falls Pro-Zelaya-Kräfte die Oberhand gewinnen. Ob das Gewaltrisiko, das hiermit verbunden wäre, angesichts der Zelaya (oder Micheletti) verbleibenden Amtszeit von einem halben Jahr die Sache wert ist, ist eine andere Frage.

■ Der Autor:

Peter Peetz, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien und Mitglied im Forschungsschwerpunkt „Gewalt und Sicherheit“ des GIGA. Derzeit arbeitet er an seiner Promotion über die staatliche Politik gegen Jugendbanden in Honduras und El Salvador.

E-Mail: <peetz@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/peetz>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ beschäftigen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des GIGA mit Fragen zu Demokratie und Autoritarismus. Mit Zentralamerika beschäftigten sich Sebastian Huhn, Prof. Dr. Anika Oettler und Peter Peetz im Rahmen des von der DFG geförderten Projekts „Öffentlichkeiten und Gewalt in Zentralamerika“. Siehe Projekt-Website: <<http://www.giga-hamburg.de/projects/violence-and-discourse>>.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Fromm, Ingrid (2007), *Upgrading in Agricultural Value Chains: The Case of Small Producers in Honduras*, GIGA Working Paper, Nr. 64, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Hochstetler, Kathryn und Margaret E. Edwards (2009), *Failed Presidencies: Identifying and Explaining a South American Anomaly*, in: *Journal of Politics in Latin America*, 2, 31-57, online: <www.jpla.org>.

Llanos, Mariana und Leiv Mainstentredet (eds) (2009, i.E.), *Presidential Breakdowns in Latin America*, New York: Palgrave.

Löding, Torge (2009), *Zentralamerika: Die Remesa-Ökonomie offenbart ihre Schwächen*, GIGA Focus Lateinamerika, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Nolte, Detlef (unter Mitarbeit von Philipp Horn) (2009), *Verfassungspopulismus und Verfassungswandel in Lateinamerika*, GIGA Focus Lateinamerika, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Peetz, Peter (2009), *¿De hacendado a revolucionario? Mel Zelaya y el giro hacia la izquierda del gobierno hondureño*, in: *Iberoamericana*, 9, 33, 181-186.

Peetz, Peter (2009), *Gefängnisse in Honduras: Menschenrechtsverletzungen im „5-Sterne-Hotel“*, in: *Rundbrief Amnesty International (CASA- und Guatemala-Kogruppe)*, 1, 12-13, online: <www.casa-amnesty.de/rundbrief/rundbrief_2009_1.pdf>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA Focus Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Julia Kramer
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg